

Wort der Landessynode und des Landeskirchenrates der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, sowie des Diakonischen Rates des Diakonischen Werks Bayern an die Kirchengemeinden und kirchlichen sowie diakonischen Einrichtungen

Ja zum christlichen Glauben – deshalb Nein zu Demokratiefeindlichkeit und AfD!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Art.1 Abs. 1 GG).

Als Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und als Diakonie in Bayern bejahen und verteidigen wir die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde. Sie ist die Grundlage unserer Werte und unverzichtbar für ein gelingendes Miteinander in unserer Gesellschaft.

Die rechtsextreme Ideologie und das antidemokratische Agieren der "Alternative für Deutschland" (AfD) und ihr nahestehender Gruppierungen (z.B. „Identitäre Bewegung“, „Neue Rechte“, „Reichsbürger“, „Pegida“, völkische Burschenschaften) stehen dazu im absoluten Gegensatz. Wir widersprechen entschieden jenen, die behaupten, Christsein und Menschenfeindlichkeit seien miteinander vereinbar.

Gemeinsam distanzieren wir uns als Verantwortliche in Kirche und Diakonie von allen, die

- den Schutz von Menschenwürde und Grundrechten verunglimpfen,
- die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage stellen,
- einen völkischen Nationalismus ("Blut und Boden") propagieren,
- den Rechtsstaat und seine Repräsentanten verächtlich machen sowie
- digital und analog Hass, Hetze und Menschenverachtung betreiben.

Wir danken allen Bürgerinnen und Bürgern, die öffentlich für die Demokratie eintreten.

Einsichten unseres christlichen Glaubens:

Von zentraler Relevanz für die Auseinandersetzung mit rechtsextremem Gedankengut sind für uns folgende christliche Grundaussagen:

1.

„Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“ (Theologische Erklärung von Barmen, 1934, Zitat aus der I. These).

Unser christlicher Glaube gründet in der Überzeugung: wir sind alle Kinder Gottes und können darum in Freiheit und Würde leben. Jesus Christus wandte sich besonders den Ausgegrenzten zu. Er hat uns vorgelebt, wie wir in Ehrfurcht vor Gott, in Achtsamkeit für unsere Mitmenschen und im Einsatz für den Schutz allen bedrohten Lebens handeln sollen.

2.

Christus spricht: *„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt. Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“* (Matthäus 22,37-39).

Der Blick auf Christus lehrt uns: Gott zu lieben und den Mitmenschen zu lieben, das gehört untrennbar zusammen. Deshalb tolerieren wir Hass und Hetze nicht.

Gerade wenn unter dem Vorwand „das wird man doch noch sagen dürfen“ Lügen verbreitet werden, steht Wahrhaftigkeit im Dienst der Gottes- und Nächstenliebe. Als Christinnen und Christen ist es unsere Pflicht, die demokratischen und christlich-diakonischen Werte glaubwürdig zu vertreten.

3.

„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn“. (1.Mose 1,27).

Die Gottebenbildlichkeit des Menschen ist die Grundlage für die Gleichwertigkeit und Einzigartigkeit jedes menschlichen Lebens - unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, Religion oder körperlicher, seelischer oder geistiger Einschränkungen. Es widerspricht der Würde menschlichen Lebens, wenn es in seiner Akzeptanz sortiert und als Mittel zum Zweck instrumentalisiert werden soll.

4.

„Gott hat den Leib zusammengefügt und dem geringeren Glied höhere Ehre gegeben, auf dass im Leib keine Spaltung sei, sondern die Glieder einträchtig füreinander sorgen.“ (1.Korinther 12,24b-25).

Als Kirche und Diakonie stehen wir für eine vielfältige Gemeinschaft, in der man sich gegenseitig unterstützt und schützt. Wir müssen offen sein für die Bedürfnisse der Menschen. Wir wollen Raum für ehrliche Verständigung und den offenen Diskurs über unterschiedliche Interessen bieten. Aber extremistisches Denken, Menschen- und Demokratiefeindlichkeit dürfen keinen Platz in diesem Dialog haben.

5.

Die Kirche „erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten.“ (Theologische Erklärung von Barmen, 1934, Zitat aus der V. These)

Als Kirche engagieren wir uns für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung – auch in der Politik. Die Diakonie als sozialer Dienst der Kirche setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen aller Menschen ein und benennt öffentlich die Ursachen von sozialer Not gegenüber Politik und Gesellschaft. Unsere Kritik an Schwächen der sozialstaatlichen Realität verstehen wir als Beitrag für ein friedliches und vielfältiges Zusammenleben, dessen Grundlage unsere parlamentarische Demokratie ist. Wir unterstützen deshalb alle, die sich in demokratischen Parteien engagieren und unseren freiheitlichen Rechtsstaat zum Wohl der Menschen stärken.

Drei Anliegen sind für uns besonders wichtig.

- Wir wehren uns gegen die Vereinnahmung und Missdeutung christlicher Werte und Traditionen durch die extreme Rechte. Wir bleiben wachsam gegenüber den Versuchen, wieder eine völkische Religion zu begründen.
- Unser Sozialstaat muss leistungsfähig bleiben. Wir benötigen eine verlässliche soziale Versorgung. Der soziale Frieden ist eine wichtige Voraussetzung unserer Demokratie.
- Wir brauchen gute Bildung und seriöse Information durch eine qualifizierte Berichterstattung in Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Aufgeklärte und mündige Bürgerinnen und Bürger sind die Grundlage eines demokratischen Gemeinwesens.

Unsere Haltung:

Als Kirche und Diakonie treten wir dem Handeln und Reden extrem rechter Gruppierungen und Parteien entschieden entgegen – weil sie menschen- und demokratiefeindlich sind.

Menschenfeindlichkeit und völkischer Nationalismus gehören zu den Grundüberzeugungen der extremen Rechten, der heutigen AfD und ihrer Mitglieder. Solche Haltungen sind mit der Übernahme von Haupt- und Ehrenämtern in Kirche und Diakonie unvereinbar.

Mit Funktionären und Mandatsträgern der AfD lehnen wir eine Zusammenarbeit ab, sofern diese nicht ihr Amt in politischen Gremien betrifft, das durch demokratische Wahlen legitimiert ist.

Wir bekräftigen unsere Gesprächsbereitschaft mit allen Menschen, die unzufrieden sind mit der aktuellen Politik und sich und ihre Lebensleistungen nicht angemessen wahrgenommen fühlen.

Als Träger der Wohlfahrtspflege richten sich die Angebote der Diakonie grundsätzlich an alle Menschen, unabhängig von ihren politischen Einstellungen. Wir achten jedoch darauf, dass in unseren Einrichtungen die Würde und die Rechte aller Beteiligten respektiert werden – dies gilt sowohl für die Mitarbeitenden als auch für die Klientinnen und Klienten.

Gemeinsam stehen wir ein für unsere christlichen Überzeugungen und eine wehrhafte Demokratie.